

## **Hillary Clintons elektronisches Verhängnis, ein kampflustiger Netanyahu und Obamas Engagement für die gleichgeschlechtliche Ehe**

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 02. bis zum 06. März 2015*

(sh) Die U.S.-Berichterstattung drehte sich diese Woche um Hillary Clintons E-maildebakel, eine deutliche Warnung des israelischen Ministerpräsidenten vor dem U.S. Kongress, sowie Obamas Stellungnahme zu den Gesetzen der gleichgeschlechtlichen Eheschließung.

Wieder einmal wurde uns vor Augen geführt, dass Unwissenheit nicht vor Strafe schützt. Von Unwissenheit ist zumindest auszugehen, denn dieses Missgeschick hätte leicht umgangen werden können. Die Nutzung des falschen E-Mail-Kontos könnte Hillary Clinton so nun zum Verhängnis werden: Während ihrer Zeit als U.S.-Außenministerin nutzte Clinton für all ihre amtliche Kommunikation ein privates E-Mail-Konto, wodurch sie sich laut der *New York Times* strafbar machte. Man wurde auf das Problem aufmerksam, als bei Untersuchungen rund um die Anschläge auf die U.S.-Botschaft in Benghasi, Libyen von Clinton sowie anderen Ministern die Freigabe aller themenbezogenen E-mails verlangt wurde, so die Zeitung. Die Nutzung eines privaten E-mail Kontos sei dabei aus Sicherheitsgründen besonders heikel. Noch wichtiger ist jedoch, dass U.S.-Bürger das Recht haben, Regierungskommunikationen einzusehen, was bedeutet, dass alle E-mails umgehend archiviert werden müssen. Ob dies der Präsidentschaftskandidatur ernsthaft schaden kann, bleibt abzuwarten, doch noch bevor Clinton überhaupt eine Wahlkampfklärung abgegeben hat, stürzen sich ihre republikanischen Widersacher bereits auf ihr mehr oder weniger selbst auferlegtes Debakel. Der Vorwurf, dies mache Clinton zu einer Geheimniskrämerin, sollte jedoch nach ihrem freiwilligen Einreichen von 55.000 Seiten E-mail-Verkehr aus dem Weg geräumt sein. An diesem Dilemma wird die Gier nach dem Skandal wieder einmal deutlich. So verweist die *New York Times* auch auf eine Pressekonferenz im Weißen Haus, auf der Sage und Schreibe 43 Fragen zum Thema erhoben wurden, während wichtige Geschehnisse, denen die eigentliche Aufmerksamkeit von Presse und Behörden hätte gelten sollen, eher am Rande behandelt wurden.

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu schien sich ganz wie zu Hause zu fühlen, als er am Montagabend seine Rede vor dem versammelten U.S.-Kongress hielt, quasi

in Obamas Vorgarten. Hierbei pflegte er mit seinen klaren Worten nicht den Rasen, sondern machte zügig Kleinholz. Es ging es um die Verhandlungen der Vereinigten Staaten mit dem Iran, die dem Land durch ein neues Abkommen die beschränkte Anreicherung von Uran erlauben sollen. In seiner Rede bezog Netanyahu klar Stellung gegen Obama, indem er seine Einwände gegen den potenziellen Deal hervorbrachte. Anders als der U.S.-Präsident meint Netanyahu, dieses Abkommen ebne dem Iran eher den Weg zur Bombe als zu besseren internationalen Beziehungen. Verhandlungsgegner erhoffen sich nicht nur ein Scheitern des Deals, sondern sogar die Auferlegung weiterer Sanktionen gegen den Iran; Obamas Warnungen zufolge würde dies die Gespräche jedoch nur entgleisen lassen, so die *LA Times*. Wie die *Washington Post* nahelegt, hielt Netanyahu eine zugleich eloquente, bewegende als auch intelligente Rede, sofern es um die Identifizierung der Probleme des Deals ging; seine eigenen alternativen Vorschläge bewegten sich jedoch fernab der Realität. Worüber Republikaner nun also freudig applaudierten, machte die Demokraten eher weniger glücklich, und laut der *New York Times* blieben einige Dutzend, inklusive dem U.S.-Präsidenten selbst, der Rede sogar fern, andere nahmen nur zögerlich teil.

Barack Obama hat am Freitag ein klares Zeichen gesetzt, als er in seiner Erklärung an den Obersten Gerichtshof auf die Verfassungswidrigkeit des Verbots gleichgeschlechtlicher Eheschließungen verwies. Dabei verwendete er starke Worte, so die *Washington Post*, indem er auf die imminente Diskriminierung in den Gesetzen vieler Staaten hinwies als auch auf den konkreten Schaden, den betroffene Bürger und ihre Familien erleiden müssten. Die Zeitung nennt dies einen wichtigen Schritt auf seiner Agenda, die Rechte von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung auszuweiten. Dies hat er in beachtlichem Maße erreicht, da zu Beginn seiner Amtszeit nur zwei Staaten die gleichgeschlechtliche Heirat erlaubten, während mittlerweile 35 weitere Staaten ihre Gesetze angepasst haben. Obama hat dabei seine exekutive Macht eingesetzt, indem er unterschiedlich orientierten Menschen administrative Posten zugeteilt hat. Während er im Laufe seiner Amtszeit oftmals nur vage Versprechen diesbezüglich gemacht hat, hat er mit seinen nun sehr klaren Aussagen direkt Stellung bezogen, selbst eine Art Wandlung durchlaufen und der Thematik mehr Aufmerksamkeit verschafft. Nun liegt es beim Supreme Court, eine Entscheidung bezüglich der Abschaffung sämtlicher Verbote von gleichgeschlechtlichen Ehen zu fällen.

Quellen:

[www.latimes.com](http://www.latimes.com)

[www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)